



Ansprechpartner:

Norbert Buchta
Fraktionsvorsitzender

Martin Kromm
Sprecher für Bildung und Kultur

Ellinor Trenczek
Stellv. Fraktionsvorsitzende

27. Mai 2021

Pressemitteilung

Am Ende nur leere Worte: BVV-Resolution zu Flüchtlings-Elend gescheitert

Im September 2020 brannte das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Das vollkommen überfüllte Camp, in dem die Geflüchteten bereits zuvor unter unwürdigen Umständen lebten, musste evakuiert werden, tagelang irrten die Menschen obdachlos umher.

Vor diesem Hintergrund hatten sich SPD- und Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf für eine Resolution stark gemacht, die die Bundesregierung aufforderte, die obdachlosen Menschen aus dem abgebrannten Lager aufzunehmen. Die Politikerinnen und Politiker beriefen sich darin unter anderem auch auf den Beitritt des Landes Berlin zum Bündnis „Seebrücke“. Die Bewegung formierte sich ab dem Jahr 2018 und richtet sich gegen die europäische Abschottungspolitik sowie die Kriminalisierung von Seenotrettung im Mittelmeer. Bereits zuvor hatten sich zahlreiche Städte – darunter Berlin – zu „sicheren Häfen“ und damit auch zur Aufnahme von weiteren Geflüchteten bereit erklärt.

Aufgrund der desaströsen Situation auf der Insel sowie dem bevorstehenden Winter war große Eile geboten: Bereits an dieser Stelle machte die CDU jedoch klar, dass von ihr keine Unterstützung für die verzweifelten Menschen – darunter viele Familien mit kleinen Kindern – zu erwarten war, und vertagte den Antrag im Ausschuss mehrfach, monatelang. Im April 2021 ersetzte die CDU den Antrag schließlich komplett durch einen eigenen Text, der anstelle konkreter Forderungen nur noch passive Betroffenheitsbekundungen enthielt.

An der Situation der Menschen hat sich aber praktisch nichts verändert: „In dem neuen, provisorischen Lager, das die CDU als Feigenblatt nutzt, um nicht tätig werden zu müssen, mangelt es praktisch an allem, weder gibt es fließendes Wasser noch Strom. Bei Regen werden Teile des Lagers regelmäßig überschwemmt“, so Martin Kromm, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Die Zustände sind noch einmal schlimmer als im alten Lager Moria!“

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte vergangener Woche kam es zur Abstimmung zwischen dem Ursprungsantrag und der geänderten Fassung der CDU. Die Konservativen konnten sich die Unterstützung von FDP und AfD sichern – und hatten damit eine Stimme Mehrheit gegenüber SPD, Linken und Grünen. „Schweren Herzens haben wir und die Linksfraktion daher unsere Beteiligung an der Resolution zurückgezogen. Den heuchlerischen CDU-Text konnten wir unmöglich mittragen!“, erläutert die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ellinor Trenczek. „Da anschließend auch die CDU den eigenen Text nicht verantworten wollte, war die Resolution damit gestorben.“

Link zum Antrag: <https://kurzelinks.de/urbj>